

Um in einen Forschungsansatz einzuführen, der auch in der Bundesrepublik unter dem Schlagwort der Gender Studies bekannt geworden ist, kann schon der Hinweis auf den Begriff „Gender“ einen ersten Aufschluß darüber geben, worum es in der Theorie geht. Wo im Deutschen vom Geschlecht die Rede ist, findet sich im Englischen eine begriffliche Differenzierung: „Sex“ bezeichnet das biologische Geschlecht, wogegen „Gender“ das kulturell konstruierte Geschlecht kennzeichnet. Diese Differenzierung ist jedoch auch irreführend und umstritten. Auf ihr basiert ein innerfeministischer Konflikt. Während ein Teil der Produzentinnen derzeitiger feministischer Theorie am Differenzdenken festhält, d.h. von einem substantiellen Unterschied der Geschlechter ausgeht, entlarven Ansätze der Gender Studies die Festschreibung von Geschlechterdifferenz durch ebensolche Annahmen eines substantiellen vermeintlich biologischen oder natürlichen Unterschieds zwischen den Geschlechtern, als die am besten fundierte kollektive Illusion. Die Frage „Aber bin ich denn keine Frau?“ wird hier in einem gesellschaftstheoretischen Rahmen verhandelt.

Der Theorie geht es um die Befreiung der Kategorie „Sex“ von Biologismen, die die Tatsache verschleiern, daß körperliche Merkmale für die Konstituierung von Machtverhältnissen benutzt werden, wie sie umgekehrt erst über diese ihre Bedeutung erlangen. Daß in dem „Natürlichkeitsargument“ Herrschaftselemente enthalten sind, zeigt aber auch schon Karin Hausen, Vertreterin der historischen Frauenforschung, deutlich: Besonders im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurden naturalisierende Wesensbestimmungen des Weiblichen im Kampf gegen konkrete Emanzipationsforderungen der gerade organisierten Frauenbewegung ins Feld geführt. „So wird beispielsweise die Forderung, Frauen zur Gymnasial- und Universitätsausbildung zuzulassen, als Gefährdung der Mutterschaft oder als Widersinn angesichts des ‚physiologischen Schwachsinn des Weibes‘ [Möbius, JR] bekämpft.“² Die Wirkungskraft, die sich aus einer derartigen Vermischung von Biologie und Ideologie ergibt, liegt nicht nur in ihrer Fähigkeit, Emanzipationsforderungen zusammenfassend zum Schweigen zu bringen, sondern auch genauso in ihrer Fähigkeit, die sich ergänzenden Eigenschaftszuschreibungen von „Mann“ und „Frau“ als Idealzustand zu erklären. Diese Idealisierungen scheinen so wirksam zu sein, daß selbst Teile der Frauenbewegung mit ihrer Propagierung weiblicher Eigenschaften darauf reingefallen sind. Und auch noch bei Max Horkheimer finden sich derartige Verklärungen: Die Familie wird zum Produzenten von Staat, steht aber auch in einem antagonistischen Verhältnis zur Gesellschaft, weil sie nämlich, so weiß Horkheimer, „auf Grund der durch die Frau bestimmten menschlichen Beziehungen ein Reservoir von Widerstandskräften gegen die völlige Entseelung der Welt ausmacht und ein anti-autoritäres Moment in sich enthält.“³ Mit solchen Theorien sollen Polarisierungen an Attraktivität gewinnen.

Weiblichkeit ist also ein relativer, von Konjunkturen abhängiger Begriff, der komplementär oder konträr zur bürgerlichen Gesellschaft eingesetzt werden kann. Gender Studies können in dieser Hinsicht als eine methodische Weiterentwicklung der historischen Frauenforschung verstanden werden.

In Anlehnung an Michel Foucault – vor allem an *Sexualität und Wahrheit I, Der Wille zum Wissen* – enthüllen Gender-Theoretikerinnen die Kategorie „Sex“ als selbst durch eine geschichtlich spezifische Machtformation produziert, die seit dem 18. Jahrhundert auf den Körper, das Leben, die Bevölkerung abzielt, um diese zu disziplinieren und zu regulieren. Das heißt mit anderen Worten, daß die Kategorie nicht mehr verstanden wird als Ursache bestimmter Machtverhältnisse, sondern als deren Effekt. „Die Sexualität ist ein Effekt mit Sinnwert.“⁴ Daß die Kategorie „Sex“ eher als von der Macht bedroht⁵ als von ihr produziert erscheint, macht ihre Wirkungskraft aus. Ihre ideologischen Ursprünge werden gerade dadurch verschleiert, daß sie sich als „Ursache“ bestimmter Erfahrungen, Verhaltensweisen und Begehren präsentiert. Dagegen beschreibt die Kategorie „Sex“ keine ursprüngliche Materialität, so eine Kernaussage der Gender Studies, sondern produziert und reguliert die Intelligibilität der Materialität der Körper, – d.h. sie ist das, was bestimmt, was als Materialität der Körper, der Geschlechter gilt. Die Kategorie „Sex“ drängt den Körpern eine Dualität und Uniformität auf, um die Ordnung der Zwangsheterosexualität zu sichern.⁶ Daß die Kategorie „Sex“ also weniger die Materialität der Körper beschreibt, als vielmehr selbst von materieller Gewalt ist, werde ich später noch in einem Teil über Vergewaltigungen ausführen.

Die Misere, die sich aus der Naivität gegenüber der Kategorie „Sex“ ergibt, zeigt sich aber auch z.B. an der Gleichsetzung von Personen mit ihrer Geschlechtsidentität. Die Behauptung, eine „Frau“ zu sein, impliziert, eine „Frau“ aufgrund des anatomischen Geschlechts, des psychischen Selbstgefühls und des sexuellen Begehrens zu sein. Wie Judith Butler in ihrer vielgelesenen Publikation *Das Unbehagen der Geschlechter* ausführt, setzt diese Konzeption der Geschlechtsidentitäten „nicht nur eine kausale Beziehung zwischen anatomischem Geschlecht (sex) und Geschlechtsidentität (gender) und Begehren voraus, sondern legt außerdem nahe, daß das Begehren die Geschlechtsidentität widerspiegelt und zum Ausdruck bringt – ebenso wie umgekehrt die Geschlechtsidentität das Begehren.“⁷ Die Einheit dieser sich gegenseitig stabilisierenden Drei soll im heterosexuellen Begehren nach dem anderen Geschlecht zum Ausdruck kommen. Die Verschränkung von Geschlecht, Geschlechtsidentität und Begehren ist also festgeschrieben auf eine heterosexuelle Matrix, die wiederum unaufhörlich die asymmetrische Geschlechterdifferenz hervorbringt. Dennoch erweist sich die Vorstellung von einem substantiellen Kern der Geschlechter als fiktive Konstruktion, als diskursiv produziert. Die Forderung, die Kategorie Geschlecht außerhalb einer Metaphysik der Substanz neu zu denken, impliziert, daß es kein Seiendes hinter dem Tun gibt, daß es hinter den Äußerungen der Geschlechtsidentität keine geschlechtlich bestimmte Identität gibt, sondern nur die permanente Hervorbringung der Geschlechtsidentität „Frau“.⁸ Die Durchsetzung einer solchen Erkenntnis könnte u.a. dazu führen, daß aus der Behauptung „Ich bin keine Frau“ nicht mehr die buchstäblich perverse Behauptung „Dann bin ich ein Mann“ folgt, daß also die Behauptung, keine Frau zu sein, nicht mißverstanden werden kann als bloßer Wechsel auf die Seite des Mannes innerhalb der binären Geschlechtermatrix, sondern vielmehr verstanden werden muß als eine Überschreitung der sexuell fixierten Geschlechtsidentität. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, daß es den Gender Studies nicht um eine neue Festlegung dessen geht, was eine Frau ist, vielmehr könnte man sagen, daß Frau-Sein hier definiert wird als etwas, was hinter die Entscheidung real-fiktiv gefallen ist.

Gerade weil „Weiblichkeit“ und „Frau“ nicht mehr als feststehende Begriffe erscheinen, erhalten sie ihre Bedeutung nur als Begriffe einer Relation. Das Operieren mit der Analysekategorie „Gender“ ist Kontextabhängig, das heißt, die Frage nach dem Geschlecht wird in Relation gesetzt zur Ermittlung anderer Faktoren wie „Race“ und „Class“. Auf die Implikationen, die ein solcher Bezug für Kunstmarktspezifische Informationspolitik, also für ein Unternehmen wie den Informationsdienst haben kann, werde ich später zurückkommen.

Mit ihrer Kritik an fixierten Subjektkonzeptionen – wie z.B. am Konzept „Frau“ – bewegen sich die Gender Studies im Dünstkreis der Dekonstruktion, deren politische Relevanz häufig angezweifelt wird, die sogar – darüber hinaus – oft als feminismus-schädigend bezeichnet wird.

Entgegen dieser Vorstellung, daß poststrukturalistische Ansätze den Feminismus schwächen, arbeiten einige Gender-Theoretikerinnen mit poststrukturalistischer Analyse als Möglichkeit politischer Intervention. Kann aber die feministische Theorie die Vorstellung des Subjekts problematisieren, ohne sich selbst den Boden politischer Handlungsfähigkeit unter den Füßen wegzuziehen? Welche Effekte hat die Kritik an traditionellen theoretischen Grundlagen für den Feminismus selbst? Und welche neuen Möglichkeiten ergeben sich aus einer solchen Infragestellung bisher unhinterfragter theoretischer Kategorien für die Reformulierung von Machtverhältnissen, politischen Widerstand oder Erfahrung? Wie sind also schließlich die Voraussetzungen und Ziele feministischer Politik neu und anders zu denken?

Die These vom Geschlecht als historisch wandelbarer und sozial konstruierter Kategorie muß an das Konzept „Frau“ gebunden bleiben, so diejenigen, die die politische Effektivität des Feminismus dadurch bedroht sehen, daß der (mutmaßliche) „Tod des Subjekts“ gerade in dem Moment verkündet wird, in dem Frauen beginnen, Subjektpositionen zu erkämpfen und zu besetzen. Die Notwendigkeit für den Feminismus, als und im Namen von Frauen zu sprechen, ist unbestreitbar. „Frau“ ist und bleibt die „conditio sine qua non“ – der Grund, ohne den nichts ist – feministischer Theorie, so sehr auch die Kontingenz und Instabilität dieser Kategorie berechtigterweise herausgearbeitet werden muß. Das ist ein unauflösbarer Widerspruch, in dem eine feministische Kritik am weiblichen Essentialismus, also an einer feministischen Richtung, die auf einer weiblichen Wesenheit beharrt, zweifelsohne verfangen ist.

Dennoch: Diese widersprüchliche Ausgangslage treibt die Theorie an eine Grenze, die eine neue Perspektivierung scheinbar notwendiger und grundlegender Kategorien erlaubt und sie als Orte politischen Kampfes entlarvt. Damit aber werden sie zugleich als Orte des politischen Widerstands eröffnet. Eine solche analytische Arbeit an den Grundlagen bedeutet eben gerade nicht die Preisgabe politischer Handlungsfähigkeit oder den Verlust konkreter politischer Ziele durch eine – von KritikerInnen dieser Theorien ängstlich beschworene – „Neue Beliebigkeit“.

Gerade die Dekonstruktion des Subjekts kann neue politische Möglichkeiten eröffnen und wird somit selbst zu einem politischen Akt. „Zu behaupten, daß Politik ein gefestigtes Subjekt erfordert, heißt“, dagegen, so Judith Butler in ihrem Aufsatz Kontingente Grundlagen: Feminismus und die Frage der „Postmoderne“¹⁰, „zu behaupten, daß es keine politische Opposition zu dieser Behauptung geben kann.“ Indem angenommen wird, Politik setze immer ein einheitliches Subjekt voraus, wird der Versuch unternommen, das Subjekt als ideologiefreien und neutralen Ort zu etablieren. Eine solche Annahme setzt das Subjekt als Voraussetzung für seine mögliche Hand-

lungsfähigkeit und schließt es aus dem Bereich des Politischen aus. Damit ist es vor einer politischen Untersuchung geschützt. Folgte man der Voraussetzung, daß Politik ein festes Subjekt erfordert, so würde eine Kritik des Subjekts, wie sie durch poststrukturalistische Ansätze vorgeführt wird, bedeuten, daß mit dem Subjekt auch seine Handlungsfähigkeit verschwände und folglich mit ihr die Möglichkeit, Politik zu machen. Die Gleichung, die hier aufgestellt wird, daß das Subjekt für eine mögliche Partizipation an Politik vorausgesetzt werden muß, macht auch die Verbindung von Poststrukturalismus und Feminismus zu einer unmöglichen. Aus dieser Motivation heraus wurde z.B. Jane Flax, auch Vertreterin der Gender Studies, auf einem Symposium belehrt, sie könne unmöglich zugleich Postmoderne und Feministin sein.¹¹ Die verbreitete und pauschalisierende Annahme, daß politische Handlungsfähigkeit immer an ein politisch neutrales Subjekt gekoppelt ist, und poststrukturalistische Ansätze daher apolitisch sind, verstellt aber die kritische Frage nach den Voraussetzungen der Kategorie Handlungsfähigkeit. Wenn Handlungsfähigkeit aber ein politisches Privileg und d.h. eine politische Kategorie ist, so erscheint es sinnvoll, nach den Bedingungen ihrer Möglichkeiten zu fragen und damit auch die Prozesse der Konstruktion von Subjektivität in Erwägung zu ziehen: politische Grundlagenforschung zu betreiben. Denn wie problematisch es ist, die Konstruktion und Regulation der Subjekte aus den politischen Debatten auszuschließen, läßt sich z.B. an dem juristischen Diskurs über Vergewaltigung und sexuelle Diskriminierung zeigen, in dem bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um vor Gericht als „anspruchsberechtigtes Ich“ zu gelten. An der Frage, wessen „Nein“ in solchen Fällen nicht „Nein“ meinen kann, zeigt sich, daß die universale Kategorie des Subjekts durch Ausschlußmechanismen konstituiert ist. Es muß daher darum gehen, diese Ausschlußmechanismen zu theoretisieren, die Prozesse der Subjektkonstruktion in die Politik mit einzubeziehen.

Eingedenk der Foucaultschen Erkenntnis, daß „Subjekte, die Handlungen verordnen, [...] selbst nur verordnete Effekte vorgängiger Handlungen“ sind¹², daß sie also immer schon unterworfen sind¹³, daß der Prozeß ihrer Produktion nie vollständig abgeschlossen ist, wird deutlich, daß nicht von einem festen Subjekt ausgegangen werden kann. Diese Voraussetzung beinhaltet nämlich die Vorstellung, daß das Subjekt von Machtmechanismen unberührt ist, daß es – als fertiges – in einem kulturellen Kontext situiert werden kann, dessen Machtstrukturen von diesem intakten, autonomen Subjekt beeinflusst werden. Genau das Gegenteil ist der Fall: Der kulturelle Kontext ist dem Subjekt vorgängig und zwar in Form der Prozesse der Subjektkonstruktion, die von der Idee eines fertigen Subjekts verschleiert werden und ihre Effekte besonders dadurch erreichen, daß sie unbemerkt bleiben. Judith Butler zeigt, daß gerade die Etablierung einer unhinterfragten, unhinterfragbaren Kategorie wie der des Subjekts, das eine scheinbar metapolitische Position einnimmt, „die vielleicht hinterhältigste List der Macht ist.“¹⁴

Dies ist kein neuer Kultur determinismus, sondern eine Möglichkeit, gerade die Konstruiertheit des Subjekts als die entscheidende Voraussetzung von Handlungsfähigkeit zu begreifen. „Denn was ist es“, so fragt Butler zu Recht, „was eine sinnvolle und signifikante Rekonfiguration kultureller und politischer Beziehungen ermöglicht, wenn nicht eine Beziehung, die gegen sich selbst gewendet werden kann, die überarbeitet und der entgegengearbeitet werden kann?“¹⁵

Wenn man davon ausgeht, daß Subjekte nicht autonom einem kulturellen Kontext gegenüberstehen, sondern von ihm konstituiert sind, also in ihn verwickelt sind, lautet

die provokative Frage, wie mit den kulturellen Beziehungen, in die man verwickelt ist, gearbeitet werden kann.

Die Erforschung der politischen Bedeutung solcher als grundlegend deklarierten Kategorien bedeutet also nicht deren gänzliche Verwerfung, sondern deren Überarbeitung. Es geht hier nicht darum, die Notwendigkeit der (strategischen) Operation mit derartigen Kategorien in Frage zu stellen, die die Praxis erfordert – wie die Inanspruchnahme der Kategorie „Frau“ in einer Gesellschaft, in der die Teilnahme am politischen Geschehen nicht möglich ist ohne Rekurs auf Identitätspolitik –, sondern eher darum, diese Kategorien als prozessual zu kennzeichnen und sie damit in einer zuvor nicht autorisierten Weise einer Wiederentfaltung bzw. einer praktisch-politischen Wiederverwendung zu öffnen. Bisher als grundlegend angenommene Kategorien sollen, so Butler, als Orte eines permanenten Kampfes verstanden werden; die Grundlagen, die man angesichts der repräsentativen Struktur von Politik zeitweilig gezwungen ist festzulegen, müssen permanent angezeigt und angezweifelt werden.

Versteht man poststrukturalistische Analyse in dieser Weise, so erübrigt sich auch die pauschale Angst vor einem vermeintlichen „Tod des Subjekts“. Denn es ist nicht die Handlungsfähigkeit oder Wirksamkeit der Subjekte, die durch die Problematisierung politischer Grundlagen verschwindet, sondern das Phantasma eines autonomen, frei handelnden Subjekts, das die Untersuchung der zentralen Mächtigkeitsmechanismen verstellt, nämlich die der Regulation und Produktion von Subjekten.

Was bedeutet diese Einsicht für die feministische Praxis?

Die Kategorie „Frau“ über die gemeinsame Erfahrung des Als-Frau-Geltens herzustellen, „Frau“ als kleinsten gemeinsamen Nenner und damit als Voraussetzung von Solidarität und damit von feministischer Bewegung überhaupt zu begreifen, bedeutet, eine Identitätskategorie zu etablieren, die als lediglich deskriptiv begriffen wird. Identitätskategorien können aber nie als bloß deskriptiv verstanden werden, sie sind immer auch normativ und folglich ausschließend. Das Phänomen der Reproduktion von Ausschlußmechanismen innerhalb des Feminismus hat man Anfang der 80er Jahre gut an der von farbigen Frauen vorgebrachten Kritik an einem weißen, westlichen Feminismus beobachten können.¹⁶ Daran hat sich gezeigt, daß jegliche als bloße Beschreibung daher kommende Festsetzung von Inhalten dieser Beschreibung zwangsläufig zu einem Ausschluß derjenigen Frauen führen muß, die mit einer solchen Bestimmung – wie z.B. auch die Beschreibung und Begründung bestimmter Interessen von Frauen mit ihrer Gebärfähigkeit – nicht gefaßt werden kann. Denn nicht alle Frauen wollen oder können Mütter werden oder für manche Mütter ist Mutterschaft nicht der ausschlaggebende Punkt für ihr Interesse am Feminismus.¹⁷ Es ist daher sinnvoll, so Butler, die Kategorie „Frau“ nicht mehr als universell gültige Identitätskategorie zu begreifen, sondern vielmehr deren Unstimmigkeiten und Widersprüche als konstitutiv für feministische Politik zu verstehen.

Der strategische Umgang mit Identitäten erfordert also eine Doppelbewegung: einerseits ist das Insistieren auf Identität als notwendiger Ort in einer radikal-demokratischen Kultur und andererseits die permanente Kennzeichnung dieses Ortes als kontingent und durch Ausschlußmechanismen konstituiert. Identität wäre also nicht so sehr zu verstehen als „strategischer Essentialismus“, sondern eher als strategisches Provisorium.

„Frau“ würde dann zu einem Kampfbegriff, strategisch einsetzbar und für vielfältige Bedeutungszuweisungen offen. Das bedeutet nicht, Solidarität unter Frauen zu

verhindern, sondern die Ziele höher als die Grundlagen zu hängen. Identitäten könnten sich unter bestimmten Zielen bilden, um sich nach politischer Arbeit wieder aufzulösen.

Indem also nicht mehr eine universell gültige Identitätskategorie angenommen wird, erweist sich die Möglichkeit zu Koalitionen als Alternative zum universalistischen Anspruch einer politischen Bewegung.

Die Möglichkeit zu einer strategischen Koalition von Künstlerinnen bietet das von Ute Meta Bauer, Tine Geissler und Sandra Hastenteufel initiierte mobile Archiv von Dossiers, Reviews, Publikationen, Audio- und Videokassetten über die Arbeit von derzeit 80 zeitgenössischen, internationalen Künstlerinnen, der Informationsdienst. Der Informationsdienst präsentiert eine subjektive Auswahl von Künstlerinnen zum Zwecke ihrer Etablierung auf einem männerdominierten Kunstmarkt. Dieses Ziel rechtfertigt die Tatsache, daß sich die beteiligten Künstlerinnen hier oftmals in eine nicht unproblematische Nachbarschaft gestellt sehen. So geht es diesem Unternehmen auch nicht um die inhaltliche Füllung der Berufsbezeichnung „Künstlerin“ mit Frauenspezifika, sondern um die strategische Information über ein Problem, das mit dem Begriff „Künstlerin“ benannt werden kann. Der Informationsdienst zielt also auf einen ausstellungspolitischen Kontext, in dem die Gleichstellung von Künstler-Männern und Künstler-Frauen andauernd verfehlt wird. Gerade diesen Bezug auf den Kontext, auf den die Information zielen soll, stellt der Informationsdienst jedoch für Benutzer und Benutzerinnen nur unzureichend her. Damit das Informationsmaterial, das der Informationsdienst bereitstellt, zu einer (ausstellungs-)politischen Aussage kommen kann, braucht es eine Information über die Information. Denn eine Informationssammlung, die buchstäblich im Raum stehen bleibt, kann nur eine Andemonstration dessen sein, was mit Information gemeint sein könnte. Ohne den expliziten Verweis auf den angesprochenen Kontext gerät der Informationsdienst in Gefahr, die Strategie des Begriffs „Information“ – als Kommentar der herrschenden Ausstellungspolitik – zu verspielen zugunsten einer scheinbaren Neutralität des Begriffs, die sich verschiedensten Interpretationen öffnet – etwa der Interpretation des ausgestellten Archivs in Richtung auf eine vermeintliche weibliche Ästhetik.

Ute Meta Bauer hat am 20. Februar 1993 in Berlin anlässlich einer Präsentation des Informationsdienstes in der Galerie Barbara Weiss einen Vortrag gehalten, in dem sie nicht nur die Idee des Informationsdienstes in Verbindung brachte mit Robert Longos Katalogbeitrag für die Documenta XIII „Just to name a few“, in dem er die Namen von Künstlerinnen auflistet, die bei dieser Documenta nicht vertreten waren, sondern sie verdeutlichte auch die Divergenz der im Informationsdienst vertretenen Künstlerinnen am Beispiel von Bethan Huws. Huws wollte ihren Namen nicht für die zum Zwecke des forcierten Name-Droppings bedruckten T-Shirts des Informationsdienstes zur Verfügung stellen und ließ sich auf der T-Shirt-Namensliste austreichen. Denkbar wäre, daß auch eine solche Negation von Information durch teilnehmende Künstlerinnen Teil der ständigen Information des Archivs wird, damit der strategische Koalitionscharakter dieser Ansammlung von Künstlerinnen deutlicher wird. Denkbar wäre weiterhin, daß der ausstellungspolitische Kontext, auf den der Informationsdienst zielt, für die BenutzerInnen des Archivs kenntlich gemacht wird, daß also in anderen – in Joan W. Scotts Worten – die Informationen, die sich aus dem Problem „Frau“ oder „Künstlerin“ ergeben, keine frauenspezifischen oder separatistischen

Informationen mehr meinen, sondern immer auch zugleich Informationen, die über Männer in Umlauf gebracht werden müssen.¹⁸

Ein weiteres Beispiel, an dem die Effektivität eines aktionsorientierten Zusammenschlusses von Frauen deutlich werden kann, liefert das „Internationale Frauenaktionsbündnis“, das sich in Berlin gegründet hat. Während sich zu Anfang schnell 150 Frauen zusammengetan hatten, haben sich in der Folge projektorientierte Arbeitsgruppen formiert. Den im Kontext des Aktionsparlaments sich organisierenden Aktivistinnen geht es nicht mehr um die Herstellung einer weiblichen Identität und Kultur, sondern um zügige und direkte politische Intervention. Die Unterstützung solcher Aktionen ist den teilnehmenden Frauen freigestellt. Die Effektivität der den spezifischen Problemfeldern angepaßten Initiativen, übrigens ein Merkmal politischer Handlungsfähigkeit, kann nur durch die offene Struktur des Aktionsbündnisses entstehen, durch die definitorische Unvollständigkeit der sich kurzfristig aus ihm herausbildenden Koalitionen. Ziele des Frauenaktionsbündnisses sind u.a. der Austausch von Informationen, kritische Öffentlichkeitsarbeit auch in Form von Dokumentationen von Diskriminierung und Gewalt und Maßnahmen gegen faschistische und sexistische Übergriffe sowie die Unterstützung von Opfern solcher Gewalt.

Man mag an dieser Stelle einwenden, daß es ja gerade die gemeinsame Erfahrung von Frauen als zumindest potentielle Opfer männlicher Herrschaft und Gewalt ist, die die Kategorie „Frau“ legitimiert. Eine Erfahrung, die also nicht nur den gemeinsamen Nenner für alle Frauen bilden, sondern auch die zentrale Begründung für eine Organisation im Feminismus liefern soll.

Diese Perspektive auf männliche Gewalt, bzw. Vergewaltigung, schreibt ihr einen metaphysischen Status zu, versteht sie als eine Art Schicksal, dem man versuchen muß vorzubeugen, das gefürchtet oder rechtlich repariert werden kann, das aber nicht verhindert oder ernstlich bekämpft werden kann.

Ein Beispiel, an dem die Problematik einer Annahme bzw. Hinnahme von Vergewaltigung als die unumgängliche Realität im Leben von Frauen deutlich wird, wurde mir kürzlich von einer Bekannten erzählt. Sie berichtete von einer nächtlichen Aktion von Berlinerinnen, die die Eingänge des mit einer Mauer umgrenzten Görlitzer Parks für Männer blockierten, und von der Diskussion mit einer Freundin über diese Aktion. Meiner Bekannten, der die Maßnahme der Frauen sympathisch war, wurde von ihrer Freundin entgegengehalten, daß ein derartiger Versuch, auf die immer drohende Vergewaltigungsgefahr aufmerksam zu machen, indem nur Frauen in den Park gelassen wurden, nichts weiter sei als eine Verstärkung der traditionellen Rollenteilung von Männern als Täter und Frauen als Opfer. Hier werde, so die Freundin weiter, das Problem dadurch bekämpft, daß die Ursache nicht beseitigt, sondern verdrängt werde. Nach diesem Modell der Vergewaltigungsprävention sei Bewegungsfreiheit für Frauen nur in der Utopie einer männerfreien Gesellschaft gewährleistet. Als Alternative zu der Blockade des Görlitzer Parks schlug sie daher eine nächtliche Aktion vor, während der ein praktisches Verhaltenstraining für Frauen zur Vorbeugung von Vergewaltigungen durchgeführt werden sollte. Frauen sollten nachts z.B. lieber zu zweit oder in Gruppen durch Parks gehen etc. Dagegen wandte meine Bekannte ein, daß Präventivmaßnahmen wie diese dazu führen, den Frauen die potentielle Schuld an ihrer Vergewaltigung zuzuschieben. Ein Hilfe-zur-Selbsthilfe-Training verlange den Frauen einen Zeitaufwand ab, der dem Umstand Rechnung trägt, daß Frau-Sein vornehmlich bedeutet, auf einen sexistischen Übergriff vorbe-

reitet sein zu müssen. Dies wiederum führe dazu, daß – wird ein solches Selbstschutzing nicht durchlaufen – Frauen für ihre Opferrolle zur Verantwortung gezogen werden können. Eine Logik, die immer wieder an der Rechtsprechung von Vergewaltigungsprozessen zu beobachten sei.¹⁹ Spricht man gewöhnlich von fahrlässigen Tätern, so werden Frauen in juristischen Diskursen oft zu fahrlässigen Opfern gemacht.

Daran zeigt sich, daß die Argumentation mit der Möglichkeit zum Selbstschutz oft nur zu einer Erweiterung der Macht führt, die eine drohende Vergewaltigung über Frauen gewinnt. Frauen werden durch die ihnen abverlangte Selbstverteidigung mit ihrem Sexualorgan identifiziert, das es zu schützen gilt. Die psychologische Folge aus dieser Annahme und Verteidigung eines den Frauen innerlichen Eigentums ist die Charakterisierung weiblicher Sexualität als Innenraum, der vor einer unerwünschten Invasion durch etwas ihm äußerliches bewahrt werden muß. Der weibliche Körper wird definiert als eine Grenze, die auf gewaltsame Weise übertreten werden kann. Diese Vorstellung vom weiblichen Körper als unzulänglich geschützter Raum wird auf grausame Weise durch die Massenvergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien deutlich. Vergewaltigungen dienen hier auch als Symbol für die imperialistische Penetration feindlichen Gebiets. Gerade weil die Invasionsmetapher so stark angebunden ist an die Regeln sexueller Gewalt, so argumentiert Sharon Marcus in ihrem Versuch, eine Theorie und Politik der Vergewaltigungsprävention zu entwickeln²⁰, sollte ihre Effektivität für Präventivmaßnahmen gegen Vergewaltigungen in Frage gestellt werden. Marcus wendet sich daher gegen die für feministische Politik als grundlegend angenommene Notwendigkeit, Vergewaltigung zu definieren und zu fixieren. Die Gewalt gegen Frauen dürfe nicht mehr als von außen kommende Invasion eines intimen Innenraumes verstanden werden, sondern müsse vielmehr umgekehrt gesehen werden als forcierte Herstellung einer weiblichen Sexualität als vergewaltigter Innenraum. Aus dieser Perspektive erscheint Vergewaltigung als eine der Methoden, durch die Geschlechtsidentitäten etabliert werden. Der Vergewaltigungsakt errichtet und setzt zugleich die frauenfeindliche Geschlechterdifferenz voraus, die sich auch in Form einer sexistisch-imperialistischen Geographie der Körper präsentiert. So erscheint auch die gängige Unterscheidung von weiblichem Körper und äußerer Welt als Effekt von kulturell erzeugten Geschlechtsidentitäten, an denen es anzusetzen gilt, um Vergewaltigung zu verhindern.

Für die Abschaffung einer Kultur, in der Vergewaltigungen nicht nur ermöglicht, sondern auch aufrechterhalten werden, reicht es nicht aus, den Schutz eines eigenen verletzbaren Körpers zu fordern, es müssen auch genauso die Kategorien angezweifelt werden, in denen weibliche Sexualität als passiv und verwundbar festgeschrieben sind. „Männliche Gewalt oder weibliche Verletzbarkeit als die ersten und letzten Instanzen der Erklärung von Vergewaltigung anzunehmen heißt“, so Marcus, „die Identitäten von Vergewaltiger und Vergewaltigter als der Vergewaltigung vorgängig zu setzen.“²¹ Vergewaltigung ist aber Teil des Prozesses der Produktion von Geschlechtsidentitäten, der auch jene diskursiven Mittel umfaßt, durch die ein „natürliches Geschlecht“ als „vordiskursiv“, d.h. als der Kultur vorgelagert und politisch neutral hergestellt und etabliert wird.²² Vergewaltigung wäre demnach zu interpretieren als ein Akt, der die Geschlechterdifferenz auf der Ebene der Gewalt errichtet. Somit ist auch die männliche Anmaßung, Frauen verbal und körperlich zu bedrohen, vornehmlich nicht mit ihrer „biologischen Überlegenheit“ zu erklären, eher ist es

das soziale Verhältnis der Geschlechter, das zu analysieren wäre: ein Verhältnis, das die männliche Überlegenheit festigt, wie es umgekehrt Frauen als Subjekte der Angst konstituiert.

Entgegen der gängigen Voraussetzung einer unumgänglichen äußeren vergewaltigenden Realität, der Frauenkörper aufgrund ihrer anatomischen Konstitution ausgeliefert sind und gegen die sie sich schützen müssen, betont Marcus die Kontingenz der Kategorie „weibliche Sexualität“. Sie begreift Sexualität als intelligiblen Prozeß, der permanent durch Interpretationen, Repräsentationen und Phantasien strukturiert wird. Ein solcher Prozeß kann sowohl Geschlechtsidentitäten produzieren, die sich dem gängigen Ablauf von Vergewaltigungssituationen, dem „rape-script“ fügen, wie ihm auch entgegengearbeitet werden kann. Weibliche Sexualität als kontingent und intelligibel zu verstehen, ermöglicht, so Marcus, ihre Überarbeitung und Betonung dessen, was bisher durch den Fokus auf männliche Gewalt gegen Frauen ausgeschlossen wurde: die Gewaltkapazität, den Willen und die Handlungsbereitschaft von Frauen. Eine derartige Politik umgeht sowohl die Reproduktion traditioneller Geschlechtsidentitäten wie sie auch die Möglichkeit eröffnet, über eine umfassendere Art der Selbstverteidigung nachzudenken, die das Herz einer Vergewaltigungskultur angreift.

In dieser Perspektivierung muß auch die Frage nach dem Subjekt des Feminismus und weiblicher Erfahrung als Grundlage feministischer Politik noch einmal aufgenommen werden. Geht man davon aus, daß Vergewaltigung existieren kann, weil die Erfahrungen und die Entwicklung der Körper ein Effekt der Interpretationen und Repräsentationen sind, die die Geschlechtsidentitäten konstituieren, dann erscheint Erfahrung selbst nicht als etwas, was jenseits der diskursiven Bedeutung ist, sondern als eine historisch wandelbare Kategorie, die unmittelbar verknüpft ist mit den Prozessen der Identitätsproduktion. „Erfahrung ist in dieser Perspektive nicht der Ursprung unserer Erklärungen, sondern das, was wir zu erklären suchen“, schreibt Joan W. Scott in ihrem Aufsatz „Erfahrung“²³ Erfahrung ist laut Scott immer schon eine Interpretation und erfordert zugleich eine Interpretation. Eine Interpretation von Erfahrung muß also deren Status als unanfechtbar authentische Kategorie der Wissensproduktion in Frage stellen. Nicht Erfahrung ist es also, aus der man klug wird, sondern die Erkenntnis ihres Anteils an einer systemstabilisierenden Macht- und Wissensproduktion.

Eine Analyse fundamentalistischer Kategorien könnte dazu beitragen, auch das feministische Subjekt, das als eine Art emotionales Symbol die Grundlage des Feminismus bildet, zu dekonstruieren. Sie könnte dazu führen, produktiv von der Konstruiertheit dieses Subjekts auszugehen, um es neuen Handlungsmöglichkeiten zuzuführen.

Eine solche Theorie birgt allerdings kein Heilsversprechen und gibt keine praktischen Handlungsanweisungen. Gegenstand der Theorie ist allererst ein abstraktes Problem. Es geht ihr nicht so sehr um Vermittlung von politisch verwertbaren Ergebnissen, sondern um die methodische Ermittlung von Kategorien, deren Verwicklung in das Spiel der Macht verschleiert wird und damit die Matrix der Macht festigt. Ziel ist also die permanente Untersuchung der Funktionsweise von Machtbeziehungen selbst.

Trotzdem natürlich ist die Wahl der zu untersuchenden Kategorien parteiisch, also notwendig politisch. Somit muß eine poststrukturalistische Analyse nicht zu unmittel-

baren Konsequenzen für die Praxis führen, eher kann sie eine mögliche politische Entwicklung prägen. Denn Ideologie ist auch immer eine Frage der Rezeption. So könnte das Vorhaben einer derartigen Theorie Projekt genannt werden. Projekt bezeichnet laut Brockhaus „allgemein ein größeres Vorhaben, im engeren Sinn die der Ausführung vorausgehende Planung in Form von Skizzen, Zeichnungen und Berechnungen [bzw. Analyse, JR], oft zum Zwecke eines Angebots.“ Nähme man ein solches Angebot ernst, könnte aus dem Projekt ein Projektteil werden.

Anregungen durch Sabeth Buchmann, Jody Lewen und M. Rinck.

Anmerkungen

- 1 Der folgende Text ist eine veränderte Fassung eines Vortrages, den ich am 29.3.1993 im Künstlerhaus Stuttgart gehalten habe. Eine gekürzte Fassung dieses Textes wurde im Oktober 1993 in einem von BüroBert herausgegebenen Buch publiziert: Copyshop, Kunstpraxis und politische Öffentlichkeit. Ein Sampler von BüroBert, Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam 1993. Die Edition ID-Archiv ist ein eigenständiger Verlag mit einem Verlagsbüro in Berlin. In ihm werden Überlegungen zur Auseinandersetzung mit der jüngeren linken Geschichte und sozialen Bewegungen sowie Beiträge zu aktuellen Diskussionen publiziert.
- 2 Karin Hausen: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Werner Conze (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1976, S. 363-393, hier: S. 376.
- 3 Max Horkheimer, in: Institut für Sozialforschung: Studien über Autorität und Familie, Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, Paris 1936, S. 67, zit. nach Rolf Wiggershaus: Die Frankfurter Schule, München 1991, S. 176f. Horkheimer weist allerdings selbst darauf hin, daß diese Momente sich unter den gegebenen Verhältnissen eher als stabilisierende Faktoren erwiesen, „die mit solchen Zügen der Frau verschmolzen waren, die das Sicheinfü-
- gen in die bestehenden Autoritätsverhältnisse verstärkten.“ (vgl. Rolf Wiggershaus, a.a.O., S. 177.) Dennoch bleibt die Frage, was denn die „Züge der Frau“ seien.
- 4 Vgl. Michel Foucault: Sexualität und Wahrheit I, Der Wille zum Wissen, Frankfurt/Main 1977, S. 184ff.
- 5 Ich erinnere an die von Foucault kritisierte Repressionshypothese, die von der Unterdrückung des Sexes ausgeht und die von Foucault in einer „allgemeinen Ökonomie der Diskurse über den Sex“ angesiedelt wird. Vgl. Michel Foucault, a.a.O., S. 21ff.
- 6 vgl. Judith Butler: Contingent Foundations: Feminism and the Question of „Postmodernism“, in: Judith Butler/Jean W. Scott (Hg.): Feminists Theorize the Political, New York/London 1992, S. 3-21, hier: S. 17.
- 7 Judith Butler: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt/Main 1991, S. 45f.
- 8 vgl. Judith Butler, a.a.O., S. 49.
- 9 Der Informationsdienst ist ein temporäres mobiles Archiv von Dossiers, Publikationen, Audio- und Videotapes und Reviews zu Arbeiten von derzeit 80 Künstlerinnen, die am aktuellen Kunstdiskurs beteiligt sind, siehe weiter unten.
- 10 Judith Butler: Contingent Foundations: Feminism and the Question of „Postmodernism“, a.a.O., S. 4 [übersetzt von mir, JR].
- 11 Jane Flax: The End of Innocence, in: Ju-

- dith Butler/Jean W. Scott (Hg.): *Feminists Theorize the Political*, a.a.O., S. 445-463, hier: S. 446.
- 12 Michel Foucault, paraphrasiert von Judith Butler, a.a.O., S. 10 [übersetzt von mir, JR]. Vgl. in diesem Zusammenhang besonders Michel Foucault: *Sexualität und Wahrheit*, Bd. 1, *Der Wille zum Wissen*, a.a.O., S. 113-124.
- 13 Im englischen „subject“ und im französischen „sujet“ ist ihre Unterwerfung buchstäblich schon immer mit angezeigt.
- 14 Judith Butler, a.a.O., S. 6 [übersetzt von mir, JR].
- 15 Judith Butler, a.a.O., S. 12f. [übersetzt von mir, JR].
- 16 Vgl. hierzu auch Michèle Barrett/Mary McIntosh: *Ethnozentrismus im sozialistischen Feminismus*, in: *Das Argument* 163, Berlin 1987, S. 347-368.
- 17 vgl. auch hierzu Judith Butler, a.a.O., S. 15.
- 18 vgl. Joan W. Scott: *Gender: A Useful Category of Historical Analysis*, in: *Gender and the Politics of History*. New York 1988, S. 32. „Gender as a substitute for women is also used to suggest that information about women is necessarily information about men, that one implies the study of the other.“
- 19 Sabeth Buchman: *Don't Prepare the Catchline of Tomorrow*, Vortrag in der Galerie Barbara Weiss, Berlin (20.2.1993).
- 20 Sharon Marcus: *Fighting Bodies, Fighting Words: A Theorie and Politics of Rape Prevention*, in: Judith Butler/Jean W. Scott (Hg.): *Feminists Theorize the Political*, a.a.O., S. 385-403, hier: vgl. S. 399.
- 21 Sharon Marcus, a.a.O., S. 391 [übersetzt von mir, JR].
- 22 vgl. Judith Butler: *Das Unbehagen der Geschlechter*, a.a.O., S. 24.
- 23 Joan W. Scott: „Experience“, in: Judith Butler/Jean W. Scott (Hg.): *Feminists Theorize the Political*, a.a.O., S. 22-40, hier: S. 38 [übersetzt von mir, JR].